

Wie die Telegrafisten-Union hierzu aus wissenschaftlichen Gesichtspunkten erfährt, kann das Verpeisen einer Giftschlange nicht die Ursache für die hier gemeldeten Todesfälle gewesen sein. Das nur in der Speicheldrüse befindliche Gift würde beim Kochen sofort seine Wirkung verlieren. Es kann im übrigen, in den Magen gelangt, überhaupt keine schädliche Wirkung mehr ausüben. Schlängengift wirkt nur dann tödlich, wenn es bei einer Verletzung der Haut unmittelbar in den Blutkreislauf des Menschen übertritt. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß in Südhina der Gebrauch aller Schlangen einschließlich der Brillenschlangen in besonderen Gartüchen eine beliebige Volkshandlung bildet, wovon sich jeder Chinarreisende besonders im Kanton zur Genüge überzeugen kann.

Umbildung des Kabinetts Brünning?

Der Zeitpunkt dazu schlecht gewählt.

Von unserer Berliner Redaktion.
— Berlin, 8. Dezember. (Drahts.)

Am Dienstag wird es voraussichtlich im Reichstag zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung kommen. Die Reichsgruppen wollen nicht zugeben, daß sie am letzten Samstag eine schwere Niederlage erlitten haben. Sie glauben, ihre nicht von vaterländischen Gesichtspunkten, sondern von reinen Parteinteressen beeinflusste Oppositionsstellung durch gewisse Vorgänge bei der Deutschen Volkspartei, bei den Christlichsozialen und bei den Volkskonservativen gestärkt zu sehen. Es handelt sich um zwei Angriffspunkte. Die links von Eugen Berger stehenden Gruppen wünschen eine Wiederbesetzung der freigewordenen Ministerien, d. h., des Wirtschaftsministeriums und des Justizministeriums. Außerdem sollen die Minister Curtius, Wirth und Dietrich durch andere Männer ersetzt werden. Der zweite Angriffspunkt gegen die Regierung ist die Forderung, noch vor Weihnachten in eine außerpolitische Debatte besonders wegen der Vorgänge in Ost-Oberschlesien einzutreten.

Sonderbarerweise haben sich die Christlichsozialen zunächst am weitesten vorgewagt. Die Volkskonservativen sind so schwach, daß sie nicht in Rechnung gestellt zu werden brauchen. Bei der Deutschen Volkspartei kann jedoch ohne weiteres angenommen werden, daß sie nur teilweise von schärferem Geist befeuert ist. Die von dem Berliner Organ dieser Partei geforderte „wohlüberlegte Umgestaltung des Kabinetts“ müßte wieder zum Vorschein kämen, eine Verzögerung der sachlichen Arbeiten des Reichskabinetts bedeuten. Denn darüber ist sich doch die gesamte politische Welt klar, daß die am Samstag angenommenen Notverordnungen erst der Auftakt zu weiteren Maßnahmen sind, die im Interesse der deutschen Wirtschaft liegen. Keine Zeit darf verloren gehen. Da die Christlichsozialen und die anderen links von Eugen Berger stehenden Gruppen keine Katastrophenspolitik wünschen, so werden sie wohl oder übel davon Abstand nehmen müssen, allenfalls vorliegenden Mißtrauensanträgen gegen den einen oder anderen Minister zuzustimmen.

Ob die Oppositionsparteien mit dem neu gewonnenen Anhang ihrer Absicht, sofort eine außerpolitische Debatte heraufzubeschwören, Erfolg haben werden, bleibt dahin gestellt. Zunächst haben sich die Christlichsozialen damit begnügt, in einem Antrag die Reichsregierung aufzufordern, „baldmöglichst in die Erörterung der Tributlasten mit dem Young-Plan beteiligten Mächten einzutreten und dazu alle innerpolitischen Maßnahmen, die zum Erfolg notwendig sind, zu treffen.“ Dieser Antrag ist recht bedenklich. Selbst wenn er zur Annahme gelangen sollte, ist dadurch noch keineswegs

eine sofortige außerpolitische Debatte bedingt. Dr. Curtius hat bekanntlich den Reichstag gebeten, in eine Aussprache erst nach der Genfer Ratstagung, d. h., Anfang Februar, einzutreten. Auch Reichskanzler Dr. Brüning hat am Donnerstag der letzten Woche im Reichstag ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Notverordnung vom 1. Dezember in wesentlichen Punkten auch außerpolitischen Motiven entsprungen ist. Es muß somit verhindert werden, daß am Dienstag bei der Abstimmung über die Mittwoch-Tagesordnung des Reichstages der Punkt außerpolitische Debatte eine Annahme findet. Da weber die Christlichsozialen noch die Volkspartei einen Sturz des gesamten Kabinetts Brünning wünschen, kann angenommen werden, daß sich weder für einen Ministersturz noch für die sofort in Angriff zu nehmende außerpolitische Debatte eine Mehrheit finden wird. Erst wenn am Dienstag die Mehrheit, die am Samstag den Notverordnungen zugestimmt hat, dafür sorgt, daß das Kabinett in aller Ruhe die Maßnahmen durchführen kann, ist der erste Abschnitt des Wertes, das Reichskanzler Dr. Brüning in Angriff genommen hat, für die nächste Zukunft gesichert.

Deutsche Volkspartei und Nationalsozialisten.

Eine Rede des Parteiführers Dingeldey.

— Magdeburg, 8. Dezember.

In seiner gestrigen Rede vor dem Vertretertag des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt der Deutschen Volkspartei forderte der neue Parteiführer Dingeldey eine Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten gegenüber der Unmacht des Parlaments. Mit aller Klarheit verlangte dann Dingeldey die Einparung auch der nationalsozialistischen Kräfte in den politischen Aufbau und zur Verwirklichung der nationalen Aufgabe. Die engstirnige fast jehovahistische Politik der Partei gegen die Nationalsozialisten, die deutsche Arbeiterpartei und vor allem gegen die Studentenbewegung, die preußische Staatsregierung, die damit eine geradezu unheilvolle Staatspolitische Verwilderung bei der jungen Generation an. Andererseits gehe die durch die Angriffe und Forderungen zum Ausdruck kommende wirtschaftssozialistische Einstellung der Nationalsozialisten dem gesamten Volkstum zu Lasten. Dingeldey ging sodann zu außerpolitischen Fragen über. Er stellte die klare Forderung nach einer baldigen Revision der Friedens- und Tributverträge. Die Notverordnung der Reichsregierung schaffe für diese Forderung die geeignete Basis.

Dingeldey beim Reichskanzler.

— Berlin, 8. Dezember.

Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler gegen Abend den Führer der Deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dingeldey, empfangen. Die Besprechung dürfte der Magdeburger Rede Dingeldeys und der gemeinsamen politischen Lage gegolten haben.

Clemens Freiherr von Loë

— Köln, 8. Dezember.

Der Präsident des Rheinischen Bauernvereins, Rittergutsbesitzer Clemens Freiherr von Loë, ist Sonntagabend auf Burg Berghausen im Alter von 84 Jahren gestorben.

Ein Kämpfer voller Fähigkeit hat den irdischen Kampfplatz verlassen. Seit dem Jahre 1903 hat Clemens Freiherr von Loë an der Spitze des Rheinischen Bauernvereins gestanden; dort hat er zum Segen der rheinischen Landwirtschaft als deren allgemein anerkannter Führer, in mannigfaltigen Kämpfen verwickelt, gewirkt. Der Aufstieg des Rheinischen Bauernvereins zu seiner jetzigen Bedeutung und die Blüte und Solidität der von ihm ins Leben gerufenen Einrichtungen ist das Verdienst des Verstorbenen. Quers war er als Vorsitzender des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Diese Stellung, die er im Jahre 1899 übernahm, war ein Vorstadium für die verantwortungsvolle Stellung, die er vier Jahre später als Präsident des Rheinischen Bauernvereins übernahm. Unter der Präsidentschaft des Grafen Spee war es zu teilschweren Zuständen im Gefolge des Rheinischen Bauernvereins gekommen. Die Einheit des Vereins drohte zerfallen zu werden. In dieser kritischen Zeit wandte sich der Bild der rheinischen Landwirtschaft auf Clemens von Loë. Einstimmig wurde er am 27. Mai 1903 zum Präsidenten gewählt, und mit ihm wurde nach Freiherrn von Loë und Graf Frey von Loë ein dritter Loë anerkannter Führer der rheinischen Bauern. Insbesondere ließ er sich die Verwirklichung des Genossenschaftswesens angelegen sein lassen.

Sein höchstes Ziel hat er in der Zusammenfassung sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen gesehen, in der einheitlichen Wirtschaftsorganisation der Landwirtschaft. Es sind erst wenige Jahre her, als hierum der Kampf ging. Schärfe Auseinandersetzungen mit der Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat es darum gegeben. Der Rheinische Bauernverein trat sogar aus der Vereinigung aus. Er ist dann später freiwillig wieder in sie zurückgekehrt. Aber sein Ziel hat Freiherr von Loë nicht erreicht. Die großen landwirtschaftlichen Organisationen führen ihr eigenes Leben weiter, während die Einigung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen mit Hilfe der Preussischen Regierung gekommen ist, deren Wirkung von Loë ablehnte und die deren Präsidenten Klepper er selber schwer beschwerte.

Politisch bekannte sich der Verstorbenen zum Zentrum. Aber er war ein Gegner des neuen Staates, ein Gegner der Demokratie. Die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie ging ihm vor allen Dingen gegen den Strich. War er schon in der Zeit vor der Republik in der Zentrumspartei, auf deren rechten Flügel er stand, ein häufig recht schwieriger Herr, so ergaben sich auch in der Reichsregierung aus seiner der neuen staatlichen Ordnung feindlichen Einstellung zwischen ihm und der Partei verschiedene Reibungspunkte, die gelegentlich zu scharfen Auseinandersetzungen führten. Freiherr von Loë war ein sehr selbstbewußter katholischer Aristokrat, ein konservativer Mensch von peinlicher Sauerkeit im privaten und geschäftlichen Leben. Die Art seines Wesens war nicht so, daß sie ihm Freunde und Verehrer sicherte. Dazu war er zu sehr Aristokrat, zu schroff, zu hart, zu kämpferisch. Aber Anerkennung für sein Wirken zugunsten seines Berufsstandes und Hochachtung vor der Lauterkeit seiner Gesinnung und dem Ernst seiner Lebensführung kann ihm auch der ehrliche Gegner nicht vorenthalten. Durch seine Leistungen hat er sich insbesondere das Andenken bei seinen Berufsgenossen im Rheinland über den Tod hinaus gesichert.

Als vorläufiger Nachfolger für ihn an der Spitze des Rheinischen Bauernvereins wird Freiherr von Lünin, der Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, genannt. Jedenfalls ist bekannt, daß diese Nachfolge im Sinne des Verstorbenen liegen würde. Ob die Entscheidung bei der demnächst vorzunehmenden Wahl in dieser Richtung fällt, bleibt abzuwarten, da ja auch die Vorfrage noch ungeklärt ist, ob eine Personalfunktion bei Bauernverein und Landwirtschaftskammer möglich oder ratsam ist.

Zusätzlicher Unterricht für die arbeitslose Jugend.

— Berlin, 8. Dezember.

Der preussische Handelsminister hat an die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, der u. a. befragt: Um zu verhüten, daß die arbeitslose Jugendlichen Schaden an ihrer beruflichen Ausbildung erleiden, ist es notwendig, sofort die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um nach Möglichkeit

Der frühere georgische Gesandte in Paris ermordet.

— Paris, 7. Dezember.

Der frühere Gesandte von Georgien in Paris, Louis Ramichvili, ist am Sonntag nachmittag am Place d'Italie, als er in das Auto steigen wollte, von einem gewissen Tschakaladze durch zwei Revolverschläge getötet worden. Der Täter wurde verhaftet. Man glaubt, daß das Attentat einen politischen Hintergrund hat.

Ermordung eines hohen Beamten in Indien.

— Kalkutta, 8. Dezember.

Oberleutnant Simpson, Generalinspektor des Genesungswesens der Präsidienstadt Bengalen, ist in seinem Amtszimmer erschossen worden. Die Mörder, drei Bengalen, flüchteten. Sie wurden von Beamten in dem

Das Pensionskürzungsgesetz.

Die Begründung der Reichsregierung

(Berlin, 8. Dezember.)

Zu den Gesetzesentwürfen, die durch die Notverordnung nicht erledigt werden konnten, weil sie verfassungsändernden Charakter tragen, gehört auch das Pensionskürzungsgesetz, das jetzt zur parlamentarischen Erledigung an den Reichstag gelangt ist. Nachdem der Reichstag diesem Entwurf mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Stimmenzahl zugestimmt hat, ist in der Begründung zu diesem Gesetzesentwurf heißt es, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge u. a.: Bei den Erörterungen über die Ausgabenkürzung konnte auch an einer Frage nicht vorübergegangen werden, die von vielen Seiten immer wieder zum Gegenstand ernster Vorstellungen gemacht und auch im Reichstag unter Annahme von Entschließungen wiederholt zur Sprache gebracht ist, — an der Frage einer Kürzung der Gehälter der Ruhegehaltsempfänger bei deren Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst hatte schon seit jeher eine Kürzung des Ruhegehalts bedingt. Die gänzliche Nichtberücksichtigung des Privatverdienstes neben dem Ruhegehalt erschien demgegenüber nicht gerechtfertigt. Dazu kommen bezüglich der Verwendung von Ruhegehaltsempfängern in Privatbetrieben u. a. die dauernden Klagen einzelner Angehöriger, die keine Beschäftigung im öffentlichen Dienst hatten, weil die Stellen vielfach von Ruhegehaltsempfängern als hülfsweise Arbeitskräfte in Beschäftigung waren, sowie die bringenden Eingaben der Angehörigen von Ruhegehaltsempfängern, die in diesem Falle als Doppelverdiener bezeichnet, eine schwere Beeinträchtigung der Interessen ihrer Mitglieder erlitten. Da gleichzeitig sich die Notwendigkeit ergab, infolge verschiedener Rechtsprechung höchster Gerichte auch die bestehenden

Kürzungsvorschriften bei Beschäftigung im öffentlichen Dienst einer Nachprüfung zu unterziehen, lag es nahe, eine Neuregelung der gesamten auf dem Gebiete der Ruhegehaltsbestimmungen stehenden Fragen der Vorlage eines Ausgabenkürzungsgesetzes vorzunehmen. Dieser Absicht lag der Antrag Dr. Brüning und Genossen zu Grunde. Der Antrag wurde in mehreren Sitzungen des 15. Ausschusses des Reichstages für den Reichshaushalt eingehend beraten und schließlich angenommen. Wegen Aufzählung des Reichstages gelangte er nicht mehr zur Erörterung im Plenum. Aus den Verhandlungen im Ausschusse ging aber hervor, welchen entscheidenden Wert einzelne Parteien auf die Frage gerade in Verbindung mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen glaubten legen zu sollen, daß die Reichsregierung sich zu einer geordneten Vorlage eines entsprechenden Gesetzes entschloß, und zwar zugleich mit einer Neuregelung der Kürzungsvorschriften bei Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Kürzung der Beamteneinkünfte in Sachsen.

— Dresden, 8. Dezember.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat die sächsische Regierung bestimmt, daß die Dienstbezüge der Beamten des Staates und der Gemeinden, der Lehrer und der Beamten der unter Staatsaufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und der Versorgungsbezüge der Beamten im Ruhestand und der Hinterbliebenen vom 1. Februar 1931 ab um 6 v. H. gekürzt werden. Die Dienstbezüge und die Dienstkaufwandsentschädigungen der Minister werden um 20 v. H. gekürzt.

Unruhen wegen des Remarque-Films.

Nationalsozialisten protestieren.

— Berlin, 7. Dezember.

Auf die Nachricht, daß Dr. Göbbels heute eine der Abendvorstellungen im Mozartsaal, wo der Film „Im Westen nichts Neues“ aufgeführt wird, „zu Informationszwecken“ besuchen würde, hatten sich in der lebhaften Abendstunde zahlreiche Truppen von Nationalsozialisten am Kolonnenplatz und in den Straßen vor dem Kolonnenplatz ausgehend versammelt. Während die drei Abendvorstellungen im Mozartsaal selbst vollkommen ruhig verliefen, fand der starke politische Beleg des Saales, kam es auf dem Platz selbst zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten, die bei solchen Gelegenheiten nie fehlen. Der Platz mußte wiederholt unter Anwendung des Schußwaffens geräumt werden, doch fanden die Demonstranten Unterschlupf im Untergrundbahnhof Kolonnenplatz, aus dem sie dann immer wieder, nachdem die Polizei zurückgegangen war, hervordrangen. Gegen 10 Uhr abends wurde ein Schantallotall geräumt, aus dem die Polizeibeamten wiederholt beschliffen und mit Biergläsern beworfen worden waren. In wenigen Minuten war das Total von den linken Gassen befreit. Gegen 11 Uhr war die dritte Vorstellung beendet. Sämtliche Besucher wurden in die Hofstraße abgelenkt; um neue Zusammenstöße zu verhindern, die einzelnen Abteilungen konnten erst in der ersten Morgenstunde langsam zurückgezogen werden. Nach den bisherigen Feststellungen sind im Laufe des Abends insgesamt 10 Personen verletzt und der Abteilung III des Polizeipräsidiums zugeführt worden.

Neue Kundgebungen.

— Berlin, 8. Dezember.

Auf Ankündigungen des nationalsozialistischen „Der Angriff“ und der übrigen Abendblätter, daß heute abends um 21 Uhr am Kolonnenplatz eine große Protestkundgebung gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ stattfinden solle, auf der Dr. Göbbels das Wort ergreifen werde, kam es heute abends gegen 19 Uhr wieder am Kolonnenplatz zu großen Menschenansammlungen. Besonders in der Maackstraße, der Verbindungsstraße nach dem Winterfeldplatz, machten sich größere Truppen von Nationalsozialisten bemerkbar, die unter Führung von nationalsozialistischen Führern zwischen dem Winterfeldplatz und Kolonnenplatz hin- und herzogen. Teilweise mußte die Schutzpolizei zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit eingesetzt werden, wobei auch berittene Mannschaften zur Verwendung kamen. Das Theater selbst war wieder fast geschlossen. Am Platz selbst waren die Straßenbahn- und Autobushaltestellen aufgehoben, um einen planmäßigen Ueberfall durch Benutzung der Fahrgelegenheiten zu verhindern. Auch der Ausgang des Untergrundbahnhofs Kolonnenplatz nach dem Theater wurde geschlossen, damit die Nationalsozialisten sich nicht, wie gestern, dorthin zurückziehen und beim Verlassen der Polizei erneut herbeizureden könnten. Kurz nach 20.30 Uhr verdrängte sich der Strahmensverkehr in der Maack- und in der Mohrstraße so stark, daß berittene Schutzpolizei eingesetzt wurde, die die Bürgersteige teilweise räumte, da die Nationalsozialisten, die dauernd „Deutschland erwache!“ riefen und nationalsozialistische Kampflieder anstimmten, eine drohende Haltung einnahmen.

seit die gesamte arbeitslose Jugend, insbesondere in den Städten und Industriegebieten zu erfassen und beruflich zu betreuen. Für die durch die Berufsschulpflicht ersetzte Jugend kommt dafür in erster Linie ein zusätzlicher Unterricht von wöchentlich 12 bis 18 Stunden in Frage, für die nicht berufsschulpflichtige Jugend ein Unterricht von wöchentlich 18 bis 24 Stunden, der ebenfalls in der Richtung des gewöhnlichen oder erweiterten Berufes wird liegen müssen. Um mit der Beschulung der erwerbslosen Jugend mit dem 1. Januar 1931 beginnen zu können, ist es notwendig, unverzüglich die erforderlichen Vorarbeiten aufzunehmen.

Die Urteilsbegründung im Moskauer Prozeß.

— Rom, 8. Dezember.

Während der 36 stündigen Beratung des Obersten Gerichtes der Sowjetunion über das Urteil gegen die Organisation Ramzin war das Moskauer Gerichtsgesamte von einer großen Menge Neugieriger belagert, die auf das Urteil wartete. Gegen 10 Uhr abends betrat das Oberste Gericht unter Führung Wajnshtins das Gerichtssaal, in dem sich Tausende von Zuschauern eingefunden hatten und verlesenen das Urteil. In der Urteilsbegründung wird darauf hingewiesen, daß das politische Verbrechen der Verchwärung einer Gruppe einwandfrei festgestellt worden sei und daß die Angeklagten das Vertrauen der Sowjetregierung mißbraucht hätten.

Die Aussagen der Angeklagten hätten dem Gericht erlaubt, alle Einzelheiten der Verchwärungen zu klären und festzustellen, daß gewisse ausländische Kreise an dem Sturz der Sowjetunion und an der Errichtung einer neuen Diktatur in Rußland interessiert gewesen seien. Bei der Verlesung der fünf Todesurteile brach der Angeklagte Katschew zusammen. Das Oberste Gericht erklärte, daß das Urteil keiner Revision bedürfte. Die Zuhörer stimmten die Internationalen an und spendeten dem Gericht Beifall. Die Angeklagten werden unter strenger Bewachung in Automobilen in das Justizgefängnis gebracht. Die Verteidiger Deep und Braube haben dem Vorliegenden des Vollgastmities der Sowjetunion, Kallinin, ein Gnadengesuch für „die fünf zum Tode Verurteilten“ überreicht.

Begnadigung der Verurteilten.

— Moskau, 8. Dezember.

Das Zentralfestkomitee der Sowjetunion beschloß, die zum Tode verurteilten Angeklagten Ramzin, Tscharnowski, Kallinitow, Katschew und Jedotow zu zehnjähriger Gefängnisstrafe und die zu zehnjähriger Gefängnisstrafe verurteilten Ostlin, Sitin und Kuprijanow zu achtjähriger Gefängnisstrafe zu begnadigen. (Sie haben so treu und brav in ihren „Gefängnissen“ das heruntergeleitet, was Stalin und Kriewski wünschten, daß sie wohl eine Belohnung erwarten konnten.)

Italienischer Bergungsdampfer gesunken.

14 Tote, sieben Verletzte.

— Paris, 8. Dezember.

Wie erst jetzt aus Nantes bekannt wird, ist am Sonntag der italienische Bergungsdampfer „Artiglio“ bei der Sprengung des während des Weltkrieges zwischen den Inseln Houat und Hoebic gesunkenen französischen Munitionsschiffes „Florence“ untergegangen. 14 Personen, darunter mehrere Taucher, die sich zurzeit der Explosion noch unter Wasser befanden, sind getötet worden. Sieben weitere Personen haben zum Teil schwere Verletzungen erlitten. Das in etwa 30 m Wassertiefe liegende Wrack der „Florence“ hatte die Navigation stark behindert. Die Explosion bei der Sprengung war wider Erwarten so gewaltig, daß der Bergungsdampfer, obwohl er sich im Augenblick der Sprengung in einer Entfernung von über 300 m von der Sprengstelle befand, explodierte und in einigen Minuten versank. Ein französischer Dampfer begab sich nach der Explosion sofort an die Unglücksstelle, und es gelang ihm, noch sieben Mann der Besatzung zu retten. Unter den Toten befindet sich der Kapitän des Schiffes. Die Besatzung bestand aus 21 Italienern.

Das Bergungsschiff „Artiglio“ hatte vor kurzem die Bergung des Geldschiffes des bei der Sprengung gesunkenen englischen Dampfers „Egypt“ bewerkstelligt, der eine Ladung Goldbarren an Bord hatte.

Attentate.

Gebäude gestreift. Es kam zu einem Kampf, bei dem ein Beamter namens Nelson schwer verletzt wurde. Als sich die Mörder verloren sahen, richteten sie die Waffen gegen sich selbst. Zwei von ihnen waren auf der Stelle tot, der Dritte ist schwer verletzt und wurde in das Gefängnis eingeliefert.

Hinrichtung

in der römischen Sowjetsozialistischen Gruppe?

— Rom, 8. Dezember.

Bekanntlich wurde der erste Sekretär der Sowjetsozialistischen Gruppe in Rom, namens Levine, am Samstag im Hofgebäude erschossen aufgefunden. Nach dem ersten Mordanschlag sollte es sich um Selbstmord handeln. Man hat inzwischen erfahren, wie sich der „Berliner Volksanzeiger“ melden läßt, daß am Freitag zwei Mitglieder der Moskauer Geheimpolizei in Rom eingetroffen waren, um einen angeblichen Verstoß gegen die Staatsgeheimnisse zu untersuchen. Levine soll der Tat verwickelt gewesen und — wie jetzt in Rom offen erzählt wird — von den Geheimpolizisten hingerichtet worden sein.

Beilage

Ablehnen

Die

Nach der Reichstag über...
...men für die...
...laute; die...
...Aufhebung der...
...tionalsozi...
...Deutschland...
...mit Ausnahme...
...Krieg, der geg...
...Deutsche E...
...hörung der B...
...demokratis...
...Volkspar...
...dienst und...
...Ausnahme des...
...Notte (Deut...
...gestimmt haben...
...Ausnahme von...
...gestimmt hat...
...neu eingetret...
...Deutsche B...
...nale Reichs...
...loje Abgeordn...

Der nati...
antrag ist in n...
233 Stimmen t...
als ungültig...
einfach gemeint...
ihn zu stimmen

Pro

„Freiwi...
in

Reichsarbeit...
in der Tonhalle...
christlichen Geme...
Spitzen der Bes...
und Wirtschaft...
und Klarheit zeug...
Bewachtung verdien...
legungen führte e...

In Deutschland...
ten Kreisen der...
arbeiten wollen u...
können), ein gro...
tete Mutloshi...
phologische Tat...
und ihrer Herr z...
dem das Sanieru...
traft erlangt hat...
bedenkliche Aufga...

An Arbeiterfrei...
wert der Re...
dreierlei aus...
Abhängigkeit der...
die finanzielle Ver...
rung, 2. die Wohn...
Die Arbeiter e...
geber und Arbeiter...

die Kosten...
aufzubringen habe...
nicht mehr schuld...
Trennungslösung ist...
zu dessen Folgen

Wen

Der Hausherr h...
über sich ergehen la...
eine Silbe zu...
Verführer dieser U...
„Sehen Sie mi...
Dabei ließ ein Zitter...
wider auf keinen G...
lich, r Spannung mi...
gegenüber wirkte...
stark Mit umfäng...
seiner Briefstöße d...

Während er sie...
tele, erzählte er ih...
Verdräue, seiner V...
liden Erfolges. Ge...
dem Bericht. Er bl...
Schritt zur Klüglic...
Direktors Grenz...
ränge Aufmerksamk...
um ihn zu überzeu...
allein hatten ihn...
Sturm in seiner G...
Das herrschende...
Nichtgroße Scham...
Sohne zweifelte, w...
Menschen gab, der...
Menchen, und als d...
der heiße Wunsch, n...
bis jetzt gefehlt w...
schloßen zeigten ih...
gleich. Auch rangen...
alte Bourgeoisie j...
der seinen Willen, u...
Helmst Bräuer h...
auf seinem Stuhl u...
Prinzipal an. Er a...
vorging. Seine U...
die Nachricht soll...
breit richtete sich...
lag ein merkwürdig...
auch tief innerer Be...

10

Frucht nach Liverpool für stark gep.	40
Frucht für Standard	40

● Münster, 8. Dezember.

Bei dem Streiklobleift handelt es sich um eine Korrek-
 tordnung der Landesregierung zum neuen
 Finanzhaushalt. Als 1. 3. der Anschlag
 Schaumburg-Rippe an Preußen abgelehnt wurde,
 legte die Landesregierung dem Landtag einen Geheimschrei
 vor, der eine Kürzung der staatlichen Zu-
 schüsse an die Gemeinden vorsah. Damit sollte
 eine Erhöhung der Steuern vermieden werden. Aber
 die acht sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten sich
 für diesen Weg aus der Finanzmiserie des kleinen Lan-
 des, während die sieben bürgerlichen Mitglieder des
 Landtages gegen den Geheimschrei waren. Durch Ob-
 struktion der bürgerlichen Mitglieder wurde der
 Geheimschrei zu Fall gebracht, da nach der Schaum-

Wreslau, 8. Dez. Im Oktober 1929 wurde der Bader Pohl wegen Ermordung der Dirne Schulz zu zehn Jahren Zuchthaus auf Grund von Indizien trotz seiner Unschuldsbeteuerungen verurteilt. Nunmehr hat der Arbeiter Schiewed, der bereits in der letzten Schwurgerichtstagung wegen Mordes an seiner eigenen

Im Keller eines Hauses der neuen Ausgrabungszone von Pompeji, der sogenannten Via del Abbondanza, wurde ein großer Schatz gefunden, der an Reichtum sowie künstlerischem und archaischem Wert den im Jahre 1875 aufgefundenen Schatz von Boscoreale noch übertrifft. Man stieß dort bei den Ausgrabungsarbeiten auf eine halb verkaufte Holzstube und in dieser selbst fand man goldene Armbänder, drei Paar goldene Ohrringe, Fingerringe, goldene Ketten, Gold- und Silbermünzen aus der republikanischen und kaiserlichen Zeit, ein vollständiges silbernes Tafelservice für vier Personen, Tassen mit Unterlegern, silberne Kannen, große und kleine Töpfel, silberne Spiegel und

22. Athen, 7. Dez. Wie aus Thessalien gemeldet wird, bejähigten sich die Nachbarn über größere Erd-
rutschungen in der Nähe der Stadt Triflida. Sieben
Häuser sind dabei eingestürzt und völlig zer-
stört worden, während zahlreiche weitere Häuser stark
beschädigt wurden. Der Bevölkerung hat sich eine große
Panik bemächtigt, da die Zahl der Verwundeten bereits
20 übersteigt und man weitere Erdbeben befürchtet.
Die Einwohner der beschädigten Ortschaften nützigten
im Freien und weigerten sich, in die gefährdeten Häuser
zurückzukehren.

Am 8. Dez. Während der Hochdruck im südöstlichen Europa sich weiter verlagert, ist über Finnland der Luftdruck weiter angestiegen. Ueber Island ist ein neues Tiefdruckgebiet erschienen. Ein Ausläufer liegt noch über Island und der südlichen Norbje, ein anderer an der Westküste Englands. In Deutschland war das Wetter heute morgen härter bewölkt bis bedeckt. Im Nordwesten und Südwesten gingen zeitweilige Regenfälle nieder. Die Temperaturen hatten heute morgen den Nullpunkt überschritten bis zu 5 Grad in Aachen, nur in München noch 1 Grad Frost. — Wetterausichten für Dienstag: Trübe, zeitweilige Regenfälle, noch ziemlich mild; für Mittwoch: Bewölkt bis bedeckt, später wieder Regen.

festiert gegen den
einer „denaturier